

**ANTWORTEN DER CDU BERLIN
AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE
DES LANDESVERBANDS BERLIN
DES DBV**

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2026

1.Rechtliche Absicherung der Berliner Bibliotheken

- a) Wird Ihre Partei einen Antrag zur Schaffung eines Berliner Bibliotheksgesetzes einbringen?**
- b) Wenn ja: Wie zeitlich prioritär werden Sie das tun?**
- c) Stimmen Sie den Forderungen der Enquete-Kommission zu und wollen Sie die durch die Öffentlichen Bibliotheken erbrachten Basisleistungen zur Pflichtaufgabe erklären?**
- d) Welche konkreten Leistungen und Standards sollte aus Ihrer Sicht ein solches Bibliotheksgesetz, auch in Abstimmung mit dem Bibliotheksentwicklungsplan von Berlin, beinhalten?**

Antwort:

Die CDU Berlin steht für ein Berliner Bibliotheksgesetz. Gemeinsam mit der SPD haben wir bereits einen konkreten Gesetzentwurf eingebracht. Dieser soll die Öffentlichen Bibliotheken als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge verankern und ihre Aufgaben und Strukturen absichern. Dazu gehören insbesondere fachliche Mindeststandards und Versorgungsrichtwerte, wohnortnahe und zeitgemäß ausgestattete Standorte, angemessene Öffnungszeiten, die Zusammenarbeit im VÖBB sowie eine verbindliche Bibliotheksentwicklungsplanung. Die Basisleistungen der Bibliotheken wollen wir damit rechtlich absichern. Standards und Finanzierung müssen dabei gemeinsam und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel betrachtet werden.

2. Entwicklung der Berliner Öffentlichen Bibliotheken

- a) Wie bewerten Sie die Umsetzung des Bibliotheksentwicklungskonzeptes 2021–2025?**
- b) Befürwortet Ihre Partei eine Fortschreibung dieses Konzeptes?**
- c) Welche Rolle sprechen Sie Zielvereinbarungen zwischen Land und Bezirken bei der Umsetzung zu?**
- d) Steht Ihre Partei hinter diesem Konzept und wollen Sie, dass das noch nicht Erreichte verwirklicht wird?**

Antwort:

Wir möchten die Entwicklung der Öffentlichen Bibliotheken verbindlich fortführen. Der Gesetzentwurf sieht dafür eine Bibliotheksentwicklungsplanung für jeweils höchstens fünf Jahre vor, ergänzt durch bezirkliche Planungen unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung und der sozialen Stadtentwicklung. Zielvereinbarungen zwischen Land und Bezirken können ausdrücklich zur Erreichung fachlicher Mindeststandards eingesetzt und zur Konkretisierung gemeinsamer Ziele genutzt werden. Damit wollen wir die Bibliotheken bedarfsgerecht weiterentwickeln und insbesondere Standards, digitale Angebote und flexible Öffnungszeiten stärken.

3. Ein gemeinsames Haus für die Zentral- und Landesbibliothek Berlin

- a) Wie bewerten Sie die Arbeit der ZLB Berlin?**
- b) Welche Gründe sehen Sie für eine Zusammenführung der beiden Standorte der ZLB?**
- c) Setzen Sie sich dafür ein, dass dieses Ziel endlich verwirklicht wird, und wie prioritär wollen Sie es verwirklichen?**
- d) Wie stehen Sie zur Verwirklichung dieses Ziels am Ort der Galeria am Alexanderplatz?**

Antwort:

Die ZLB leistet hervorragende Arbeit und ist die meistbesuchte Kultureinrichtung Berlins. Gleichzeitig befinden sich ihre Bestandsgebäude in einem sanierungsbedürftigen Zustand, der ihrer Bedeutung für die Stadt nicht gerecht wird. Deshalb brauchen wir eine langfristige und zukunftsfähige Lösung für die ZLB.

Die Zusammenführung der beiden Standorte an einem zentralen Ort ist uns wichtig. Der Alexanderplatz bietet dafür eine große Chance – für die Bibliothek selbst, aber auch für die Entwicklung des Alexanderplatzes. Eine starke öffentliche Kultureinrichtung kann dort neue Aufenthaltsqualität schaffen und einen wichtigen stadtentwicklungspolitischen Impuls setzen. Deshalb verfolgen wir diese Perspektive weiter. Die Gespräche über eine wirtschaftlich tragfähige Lösung laufen.

4. Sonntagsöffnung auch für Bibliotheken

Ist Ihre Partei dafür, die Sonntagsöffnung für Berliner öffentliche Bibliotheken mit vollem Service zu ermöglichen und warum?

Antwort:

Unser Ziel sind Öffnungszeiten, die sich an der Lebenswirklichkeit und den Bedarfen der Berlinerinnen und Berliner orientieren. Gerade auch Menschen, die werktags stark beansprucht sind, sollen Bibliotheksangebote ohne besondere Hürden nutzen können. Der Gesetzentwurf schreibt deshalb keine bestimmten Öffnungstage vor, sondern setzt auf regelmäßige und bedarfsgerechte Öffnungszeiten. Dabei sollen auch neue Modelle wie Open Libraries genutzt werden, um die Zugänglichkeit der Bibliotheken auszuweiten. Eine generelle Sonntagsöffnung mit vollem Service wird hingegen nicht festgelegt.

5. Schulbibliotheken

a) Wie wollen Sie in der kommenden Legislatur sicherstellen, dass Schulbibliotheken in Berlin dauerhaft mit ausreichenden Mitteln für Medien, Räume und digitale Infrastruktur ausgestattet werden und perspektivisch über qualifiziertes Personal verfügen – insbesondere an Schulen in sozial herausgeforderten Lagen?

b) Welche konkreten Schritte planen Sie, um die Zusammenarbeit von Schulbibliotheken und Öffentlichen Bibliotheken zu stärken und Schulbibliotheken verbindlich in Bildungs- und Bibliotheksentwicklungsplanung sowie Gremien einzubeziehen?

Antwort:

Wir wollen Schulbibliotheken stärker als Teil der Berliner Bildungslandschaft verankern. Unser Gesetzentwurf erweitert ihren Auftrag ausdrücklich um die Förderung der Lese-, Informations- und Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler und stärkt zugleich die Zusammenarbeit mit den Öffentlichen Bibliotheken.

Dafür wird ein ausdrückliches Kooperationsgebot zwischen Öffentlichen Bibliotheken und Schulbibliotheken geschaffen. Die Öffentlichen Bibliotheken sollen Schulbibliotheken durch fachliche Beratung und gemeinsame Angebote unterstützen; die Zusammenarbeit kann durch eine gemeinsame Ausführungsvorschrift von Kultur- und Bildungsverwaltung konkretisiert und über eine Koordinierungsstelle bei der ZLB gesamtstädtisch unterstützt werden.

6. Themenfeld „Open Research“

- a) Werden Sie die Verabschiedung und die anschließende Umsetzung der Open-Research-Strategie aktiv unterstützen?**
- b) Welche strukturellen, regulatorischen oder finanziellen Maßnahmen zur Förderung von Informationsinfrastrukturen beabsichtigen Sie zu treffen?**
- c) Werden Sie den Wissenschafts- und Kulturerbe-Einrichtungen Mittel zur Bewältigung der Open-Access-Transformation in Form einer echten Zusatzfinanzierung bereitstellen?**

Antwort:

Wir unterstützen die Verabschiedung und Umsetzung einer Berliner Open-Research-Strategie. Wir stehen für offene Forschungsdaten und wollen leistungsfähige, offene und kooperativ getragene Informationsinfrastrukturen stärken. Dazu gehören insbesondere die dauerhafte Zugänglichkeit und Nachnutzbarkeit digitaler Inhalte sowie eine stärkere Vernetzung von Wissenschafts- und Kulturerbe-Einrichtungen.

Mit unserem Bibliotheksgesetzentwurf stärken wir hierfür unter anderem den KOBV und die Rolle des ZIB bei technologischen, datengetriebenen und konsortialen Strukturaufgaben. Regulatorisch setzen wir uns für einen rechtssicheren Ausbau von Open-Access- und Open-Data-Angeboten sowie ein wissenschaftsfreundliches Urheber-, Nutzungs- und Verwertungsrecht ein. Bei der Finanzierung setzen wir auf verlässliche und dauerhafte Strukturen